

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantwortl. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin O 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts-Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Abonnementspreis:
Für Inserate aller Art: die sechsgepaaltene Kolonietzelle 1 Mark,
für Todesanzeigen Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Verbandsmitglieder.

Die Arbeitslosigkeit war noch nie so umfangreich, die Not der arbeitslosen Kollegen noch nie so groß wie zurzeit. Der Verbandsvorstand hat sich mit der Not der Arbeitslosen wiederholt beschäftigt; er kam trotz der zurzeit nicht besonders günstigen Lagenverhältnisse zu dem Ergebnis, den arbeitslosen Verbandsmitgliedern zu Weihnachten 1920 eine außerordentliche Unterstützung zukommen zu lassen. Der Vorstand weiß sehr gut, daß eine solche Unterstützung nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeutet, andererseits darf dabei aber nicht verkannt werden, daß es sich nicht bloß um Hunderte von Unterstützten, sondern um tausende handelt. Verbandsvorstand und Verbandsausschuß haben die Weihnachtsunterstützung nach folgendem Grundsatze beschlossen:

Es werden unterstützt alle arbeitslosen Verbandsmitglieder, die:

am 1. Dezember 1920 mehr als 26 Wochenbeiträge geleistet hatten und vor dem 1. Dezember 1920 schon arbeitslos waren.

Die Unterstützungssätze betragen für Mitglieder der 60-Pf.- und der 1-Mk.-Beitragsklasse 25 Mk.;

für Mitglieder der 1,50- und 2-Mk.-Beitragsklasse 50 Mk.

In beiden Fällen erhalten solche arbeitslosen Mitglieder, die am 1. Dezember 1920 mehr als 156 Beiträge geleistet hatten, je 10 Mk. mehr, also 45 bzw. 60 Mk.

Mitglieder, die vorübergehend aussetzen, sogenannte Kurzarbeiter, gelten nicht als arbeitslos im Sinne dieses Beschlusses.

Die Unterstützung soll nach dem 15. Dezember 1920 zur Auszahlung kommen. Besondere Listen zur Auszahlung der Unterstützung werden nicht hergestellt. Die in Frage kommenden Zahlstellen können sich diese Listen selbst handschriftlich herstellen. Die Unterstützung ist in der Quartalsabrechnung IV/20 unter „Außerordentliche Unterstützung“ zu verrechnen und sind die Quittungslisten mit der Abrechnung für das IV. Quartal 1920 einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Lebensmittelversorgung und Betriebsräte.

In der heutigen Zeit der teuren Lebensmittel macht man des öfteren jetzt die Erfahrung, daß auch die Betriebsräte versuchen, die Not ihrer Kollegen in etwas zu lindern. Da der Lohn kaum ausreicht, um die notwendigsten Lebensmittel einzukaufen, versucht man auf anderer Weise zu helfen. Die Belegschaften versuchen, durch gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln diese dadurch an ihre Kollegen billiger abzugeben.

In vielen Fällen werden nun seitens der Kollegenschaft die Betriebsräte mit diesem Einkauf belastet. Ob dieses aber der richtige Weg ist, wenn die Betriebsräte den Ein- und Verkauf mitübernehmen, muß angezweifelt werden. Es ist notwendig, die Betriebsräte vor derartigen Manipulationen zu warnen.

Mit Recht wird gesagt, daß die Betriebsräte keine Lebensmittelhändler, sondern Arbeitervertreter sind. Einmal diesen Weg beschritten, nimmt diese zuerst im Kleinen geübte Praxis Formen an, die zum Nachdenken veranlassen. Es wird die Beobachtung gemacht, daß die Betriebsräte mit einer Menge schriftlicher Lebensmittelangebote überschwenmt werden. Außerdem finden sich Scharen von Reisenden ein, die die Betriebsräte persönlich belästigen.

Die Aufgabe der Betriebsräte besteht nicht darin, Waren und Lebensmittel zu vermitteln oder Lieferungsverträge mit Handlungsreisenden über Schokolade, Keks, amerikanisches Fett, Speck usw. abzuschließen, sondern in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen der Arbeitsverträge eingehalten und durchgeführt werden. Das Arbeitsgebiet der Betriebsräte ist ein so verantwortliches, daß sie sich nicht nach mit diesen Dingen belasten sollten, die außerhalb ihres Aufgabenterrains liegen. Welchen Gefahren die Betriebsräte noch ausgesetzt sind, ist daraus ersichtlich, daß die Rei-

senden versuchen, ihre Waren in großen Posten ihnen aufzudrängen. Meist wird noch minderwertige Ware angeboten. Bei den heutigen schwankenden Preisen, oder wenn der eine oder der andere glaubt, daß voraussichtlich ein Preissturz zu erwarten ist, kann die Ware auch länger liegen bleiben und verdirbt. Das Risiko bleibt zuguterletzt dann immer auf den Schultern der Betriebsräte hängen.

In jedem Falle ist äußerste Vorsicht notwendig und Mißtrauen geboten. Will man schon so etwas machen, so ist es angebracht, eine eigene, nicht mit dem Betriebsrat im Zusammenhang stehende Körperschaft zu errichten, die derartige Geschäfte ausführt. Abgesehen von der Gefahr der Korruption, die ein derartiges Gebahren in sich birgt, schädigen alle Fälle, in denen die Betriebsräte und nicht zuletzt die gesamte Kollegenschaft angelehmt werden, das persönliche Ansehen des betreffenden Betriebsrates auf das schwerste.

Die Nichtigkeit dieser Ausführungen wird niemand abstreiten können, insbesondere noch, wo ich einen Fall aus einer Betriebsversammlung anführe, wo, wenn auch nicht von dem Betriebsrat, so doch von einem sogenannten Wirtschaftsrat die übelsten Ergebnisse mitgeteilt wurden. „Man war sonst immer noch so mit einem blauen Auge davongekommen“, ich sage nochmals „mit einem blauen Auge“. Das besagt genug. Bei dem letzten Einkauf hatte man bei dem Verkauf der Ware ein erhebliches Defizit festgestellt. Daß da bei der Berichterstattung manchmal nicht die lebenswichtigsten Worte gebraucht werden, das nebenbei. Zweifelsohne trägt etwas Derartiges nicht zum gedeihlichen Zusammenhalten der Arbeiterchaft bei. Wenn auch nicht in Berlin der Verdacht besteht, daß gewisse Kreise lebhaft daran interessiert sind, den Konsumgenossenschaften Abbruch zu tun, und eine Zersplitterung des Genossenschaftswesens herbeizuführen, so liegt die Gefahr für kleine Ortschaften doch vor. Wenn nun die Unternehmer derartige Lebensmittelangebote unterstützen, so ist immer ein gewisses Mißtrauen am Platze. Immerhin kann auch die Gefahr einer bestimmten Absicht vorliegen. Es kann passieren, daß man dieses als Beweismaterial benutzt, um den Arbeitern vorzurechnen, was man alles mit Hilfe der Unternehmer an billigen Wareneinkauf gegenüber der anderen Arbeiterchaft hat, wenn man neue Lohnforderungen stellen würde.

Manches Mittel kann angewendet werden, um die Betriebsräte von ihren Aufgaben abzulenken. Jedenfalls möchte ich mit diesen, meinen Ausführungen die Betriebsräte warnen.
Berlin. Schmidt.

Zur Finanzlage unseres Verbandes.

Die Ergebnisse der von der letzten Verbandsbeiratsung beschlossenen neuen Finanzordnung unseres Verbandes sind noch gar nicht bekannt, und schon werden in der Nr. 44/1920 der „Verbands-Zeitung“ Vorschläge für eine neue Beitragserhöhung gemacht. Es wird da von einem „erschreckenden Niedergang unserer Verbandsfinanzen“ gesprochen. Ich betrete die Auffassung, daß er die Wirkung der neuen Finanzordnung abgewartet werden muß, bevor man von einem erschreckenden Niedergang unserer Verbandsfinanzen und einer sich als notwendigerweise ergebenden Beitragserhöhung und Änderung des Unterstützungswezens reden kann. Ohne unhöflich zu sein, glaube ich sagen zu können, daß die Ausführungen des Kollegen „W.“ zum mindestens oberflächlich sind. Also, erst einmal die Abrechnungen der nächsten Quartale abwarten und dann über die Finanzlage unseres Verbandes urteilen.
Berlin. Ludwig Göttsch.

Mit dem Vorschlag in Nr. 44 unserer „Verbands-Zeitung“ bez. Staffelung unserer Verbandsbeiträge bin ich nicht ganz einverstanden. In jeder Staffelung müßte doch ein Lokalbeitrag von 50 Pf. kommen, denn selbige sind auch im Niedergehen begriffen. Bei den Arbeits- und Ernährungsverhältnissen ist es jetzt gar nicht angebracht, mit einer Erhöhung unserer Verbandsbeiträge zu rechnen. Dieses würde nur böses Blut geben bei unsern Mitgliedern und unsern Freunden, den Sponsoren der Gewerkschaften, nur Wasser auf ihre Mühle sein; sie würden es als Agitationsstoff benutzen. Also Vorsicht!
Jena. Karl Spangenberg.

In Nr. 44 unserer „Verbands-Zeitung“ lese ich den Artikel, wie traurig es um die Finanzlage unseres Verbandes bestellt ist. Der Schreiber dieses Artikels hat mit vollem Recht eine andere Staffelung der Beiträge vorgeschlagen. Ich, Unterzeichneter, habe meine Kollegen für im

Geschäft befragt, wie diese über die nur geringe Erhöhung der Wochenbeiträge gesonnen sind. Zu meiner größten Zufriedenheit fand ich bei jedem Kollegen volles Einverständnis.

Ich erwarte und hoffe auch von jedem anderen Kollegen, daß er ebenso gesonnen ist wie unsern. Vor allen Dingen müssen wir dafür sorgen, daß unsere Kasse gefüllt ist, denn nur mit einer gefüllten Kasse können wir unseren Arbeitgebern mutig entgegenreten. In der Hoffnung, daß jeder Verbandskollege zu der minimalen Erhöhung der Wochenbeiträge seine Zustimmung geben wird, schicke ich mit kollegialen Grüßen aller Kollegen der Firma G. Reil, Ratibor O.-S., Brauerei zum Jungfernhof.
Ratibor. Hubert Madla.

Erster Kongress der Betriebsräte Deutschlands.

IV.

Der zweite Referent zum dritten Punkt der Tagesordnung, Körpel, schilderte die Entstehung des Betriebsrätegesetzes, das den Forderungen der Arbeiter nicht entspricht. Oberflächlich werden die wenigen Rechte, die das Gesetz den Arbeitern gewährt, von den Unternehmern planmäßig sabotiert. Körpel wies auf seine dem Kongress vorgelegte erste Resolution hin, die eine Novelle zum Betriebsrätegesetz fordert. Ein Gesetzesentwurf über die Bilanzsicht liegt bereits vor. Die Unternehmer haben einen Gegenentwurf eingereicht und diese Gelegenheit benutzt, um die Rechte der Betriebsräte wiederum zu beschneiden. Der Redner ging dann noch auf eine Reihe von Einzelanforderungen ein, die an die neuen Gesetzesentwürfe zu stellen sind und teilweise schon auf das unvollständige Verhalten der Harmonieverbände von Angestellten beim Kampfe im Berliner Zeitungsgewerbe. Mit solchen können wir nicht zusammenarbeiten. Die Angestellten wollen mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und mit jeder Gewerkschaft Hand in Hand arbeiten, aber nicht mit einer Betriebsrätezentrale, die uns in eine Richtung mit den Harmonieverbänden bringen will. Der Redner ging sodann auf die einzelnen Anträge ein. Es wird die Aufgabe des neu zu wählenden Rates sein, sich mit ihnen zu befassen. Ferner befürwortete er ebenfalls die Kongregation der Betriebsräte in den Gewerkschaften. Die Kapitalisten sind sich darüber im Klaren, welche Macht die Betriebsräte in Händen haben, wenn die Gewerkschaften hinter ihnen stehen. Wenn Arbeiter und Angestellte zusammengehen, werden wir unser Ziel erreichen. (Starker Beifall.)

Zum vierten Punkt der Tagesordnung sprach Prolat. Angesichts der Reden der beiden Vorredner konnte er sich kurz fassen und sich im wesentlichen darauf beschränken, ihre Ausführungen zu unterstreichen.

Der von der Opposition bestellte erste Korreferent Brandler warf Dismann vor, daß er zu allgemein über die Aufgaben der Betriebsräte gesprochen habe. Der Abneigung gegenüber, mit Betriebsräten aus anderen Organisationen in einer Generalversammlung zusammenzuarbeiten, wies er darauf hin, daß auch die Mitglieder der Gewerkschaften nicht alle die gleiche Weltanschauung haben. Sie hätten Mitglieder von allen bürgerlichen Schattierungen. Von Wisell bis Prolat wurde die Ansicht vertreten, daß es möglich sei, mit Hilfe legaler Mittel aus dem Zusammenbrüche herauszukommen. Wir sind allerdings der Meinung, daß auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft ein Herauskommen aus dem Zusammenbruch ein Ding der Unmöglichkeit ist. Die Wortführer dieses Kongresses glauben, daß die bisherigen Methoden des Klassenkampfes genügen. Wir sind der Meinung, daß die Methoden des Klassenkampfes der Vorkriegszeit historisch überholt sind und ersetzt werden müssen durch Methoden, die den Bedingungen des heutigen Klassenkampfes entsprechen. Das wird nicht verursacht von unserem Willen, sondern das ist das Ergebnis eines geschichtlichen Entwicklungsprozesses, eine Folge der Umänderungen in der Wirtschaft. Wir haben uns heute noch nicht in der Arbeiterbewegung durchgesetzt; aber das hindert uns nicht, weiterzuarbeiten. Nicht nur die Wirtschaft hat sich geändert, sondern auch die Menschen. Die Menschen sind aber auch heute noch unzulänglich. Sie müssen sich so wandeln, daß sie den neuen Aufgaben gewachsen sind. Wir halten die von Wisell usw. vorgetragenen Anschauungen für Quimmungen, für den größten gegenrevolutionären Faktor. Deswegen dieser Gegenblick. Ich erlaube Euch dringend, sich nicht am Drum und Dran zu stoßen, sondern vorzubringen auf den Kern des Problems, denn wir leiden alle unter der Not. Man nennt uns Romantiker. Es gibt aber auch Wirklichkeitsromantiker. Die ich in den Wortführern des Gewerkschaftsbundes und der Afa. Wenn Ihr Euch auf den Boden des Gesetzes stellt, seid Ihr bewußt oder unbewußt Werkzeuge der Konterrevolution. Wir müßt Euch darüber klar werden, daß der von uns gezeigte Weg vorübergehend in noch größerem Maße führt;

dann bringt er uns aber auch wieder heraus. Die Dingen unter den Christlichen und unter den Gelben werden nicht zu uns kommen. Wenn sie kämen, würden wir sie hinaus-schmeißen. Es gibt aber Heilige Arbeiter, die mit uns zusammen kämpfen wollen. (Beifall bei der Opposition.)

Der zweite Korreferent Richard Müller wider-sprach der Behauptung, daß die Anhänger der selbständigen Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften zer schlagen oder die Betriebsräte über die Gewerkschaften stellen wollen. Glauben Sie, daß die Gewerkschaften allein den Ge-samtkampf des Proletariats führen können? Das wird keiner behaupten wollen. Wir müssen versuchen, alle Arbeiter, ob sie gelb, blau oder schwarz organisiert sind, in den Kampf hineinzuführen. Wir haben deshalb auch die Pflicht, sämtliche Betriebsräte zusammenzuziehen. Wie war es denn, wenn Ihr früher einen Lohnkampf vor-bereitet habt? Seid Ihr nicht vorher an die Unorganisierten, an die Christlichen, an die Sirische, an die Gelben herantreten? (Unruhe und Zwischenrufe.) Es handelt sich auch nicht um das Heranziehen ihrer Organisationen, auch nicht ihrer Führer. Was wir haben wollen, sind die Arbeiter, die in dieser Organisation stehen und ihre Be-triebssräte. Man weiß es ab, mit den Arbeitern etwas zu tun haben zu wollen; aber mit den Führern läßt man an einem Rische. Auch Kautsky hat sich für selbständige Mite-organisation ausgesprochen. Die Generalversammlung des Deutschen Reichsarbeiterverbandes im vorigen Jahre sprach aus, daß wir neben den Gewerkschaften andere Or-ganisationen errichten müssen, die alle Hand- und Kop-arbeiter umfassen. Diese Richtlinien stehen im Gegen-satz zu den Richtlinien, die auf dem zehnten Gewerkschafts-kongress angenommen wurden. Der Redner las noch einige Bemerkungen aus dem „Korrespondenzblatt“ darüber vor und bemerkte dazu: Das ist der Geist der Arbeits-gemeinschaft, der Tarifpolitik, die als Mittelmittel ver-handelt wird. Die Gewerkschaften sind zu bürokratisch. Die Betriebsräte sollen in diesen starren Apparat hinein-gezwängt werden. Müller suchte dies an der Hand ein-zelner Bestimmungen in den Richtlinien für freigewerkschaftliche Betriebsrätezentralen und in dem Entwurf über die Funktionen des Rates der gewerkschaftlichen Betriebs-rätezentrale Deutschlands nachzuweisen. Wir wollen den Gewerkschaften ihre Betriebsräte nicht wehentlich machen, denn die Betriebsräte sind ja gemeint die Vertrauensleute der Gewerkschaften. Ja, wir wollen sie dabei unterstützen, wollen aber darüber hinaus die Errichtung aller Betriebs-räte. Diese selbständige Betriebsorganisation muß so-bald sein. Sie kann auf dem einen Wirtschaftszweig nicht so aufgebaut sein wie auf dem anderen. Sie muß sich den Kampfbedingungen anpassen. Es handelt sich nicht darum, eine Konkurrenzorganisation zu schaffen. Die Ver-bindung mit den Gewerkschaften soll und muß sehr eng sein. Wenn die Gewerkschaften allein imstande wären diesen Kampf zu führen, dann hätten sie ihn längst führen müssen. Diesen Kampf können die Gewerkschaften allein nicht führen. Dieser Kampf muß von der Gesamtarbeiter-schaft geführt werden. Müller wies jedoch darauf hin, daß die Arbeitsschichten von gewissenlosen Elementen aufge-reizt werden. Auch da entstehen Aufgaben, die die Gewerkschaften allein nicht lösen können, sondern die die Gesamtarbeiter-schaft lösen muß. Unterem Einfluß ist es zu ver-danken, wenn diese Rutsche nicht zum Austrag kamen. Denn unsere Organisation ist auch die Umformung der Ge-werkschaften leichter zu geschickten. Wir versuchen die Gewerkschaften zu revolutionisieren und in Verbände aller Land- und Arbeiter zu organisieren. Die Gewerkschaften und die Betriebsräte werden sich im Laufe der Zeit zu einem einheitlichen Organismus zusammenschmelzen müssen. Wir müssen die Grundlage dazu legen. (Beifall bei der Opposition.)

Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde beschlossen, daß in der Aussprache ausschließlich ein Anhänger und ein Gegner der selbständigen Betriebsrätezentrale zum Worte zugelassen werden sollten. Vorher jedoch erhielt auf Beschluss des Kongresses gusschil Lojowski das Wort zu längeren Ausführungen über die Erfahrungen mit den Betriebsräten in Russland, die jedoch beim Kongress wenig Aufmerksamkeit fanden. Dorthin wurde die wenige Zeit, die für die Aussprache zur Verfügung stand, natürlich noch sehr bestritten und es konnten nur noch zwei Redner für die Beschlüsse des I. D. G. S. und der Via und einer hagerer sprechen. Dann wurde ein Antrag auf Schluß der Aussprache angenommen.

Brandler betonte in seinem Schlußwort, von einem reinen Schwingungsorgan können nicht die Köhler, die Gewerkschaften zu gestalten. Der das Gemeintliche be-zeichnet der Weg. Die Zusammenfassung der Betriebsräte neben den Gewerkschaften bedeute keine Zerstückung, sondern eine Teilung der Arbeit. Der Redner empfiehlt die Entzwei-gung von Mitgliedern der I. D. G. S. und der I. F. D. auf Erziehung einer Zentrale von 50 Mitgliedern und je 1 Mitgliedern der Via und des I. D. G. S. Nach dem Ent-wurf der Gewerkschaftsverbände und der Via sollen die Be-triebssräte heranzubilden werden. Die Gewerkschaften sind internationalistisch; sie haben uns in den Kampf geführt, in bezug auf uns jetzt befinden. Es wird ja nicht schaden, wenn die von den Referenten vorgeschlagenen Resolutionen angenommen werden, aber dabei muß nicht ein, damit auch für die Interessen der Arbeiter gewan zu haben.

Tschernin im Schlußwort: Brandler sagte: Und hier ist eine Behauptung. Er hat sich einen Lobung zugesprochen und daraus losgerissen. In der Beurteilung der gegenwärtigen Lage trennt uns keine Welt-abgrenzung. Wenn Brandler Brandler und ich gemeinsam für die Zusammenfassung der Betriebsräte eintraten, so haben wir nicht nur uns selbst, sondern auch auf demselben Standpunkt. Denn wir sind ein gemeinsames Komitee. Wir können nicht nur, sondern wir können mit dem Referenten nicht be-zugnehmen, sondern müssen uns durch sachliche Argumente zu überzeugen lassen. Bei der praktischen Arbeit wird sich zeigen, wie der praktische Referent der I. F. D. Brandler vor-geht. Wir sind bereit als Anhänger der I. D. G. S. und der I. F. D. die von der I. D. G. S. können es ab, und wir werden zu dem Referent die I. F. D. Brandler haben. Die Zusammenfassung der Betriebsräte ist ein notwendiges Mittel zum Kampf gegen die kapitalistische Welt.

arbeiterverbandes, Schlapphaff, in seiner Broschüre gesagt hat, die Fabrikkomitees (russische Bezeichnung für Betriebs-räte) seien verantwortliche Organe der Gewerkschaften. Von Kautsky wird verlangt, daß die internationale Gewerkschaftszentrale zerfalle. Es ist eine böswillige Verleumdung, die Amsterdamer Gewerkschaftszentrale als gelb zu verdammen. Wir halten an der Amsterdamer Internationale fest. (Starker Beifall.) Wir, die wir als Gelbe bezeichnet werden, haben in einer Berliner Fabrik die Herstellung von Waffen verweigert; die nicht bei uns organisierten Revolutionären haben dabei aber nicht mit-gemacht. Die hier vertretenen Betriebsräte können nicht anders entscheiden als für die Zusammenarbeit mit ihren alten Kampforganisationen. Solange es uns die Gewerkschaften mit den Betriebsräten auf einem gemeinsamen Kampfboden zu vereinen, so ist die Zukunft unsrer. (Starker Beifall.)

Es folgen dann die Abstimmungen. Die angenom-menen Resolutionen und Anträge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung bringen wir in nächster Nummer. An-genommen wurden ferner Anträge gegen Arbeits-dienstpflicht und zur Wohnungsfrage. Von Lohm (Augsburg) lag eine Entschließung vor, die sich gegen die von der Entente geforderte Vernichtung sämtlicher Dieselmotoren in Deutschland und ein Verbot des Baues neuer Dieselmoto-ren wendet. Diese Entschließung wurde einstimmig an-genommen, nachdem Großmann sich erhoben hatte, beim Vorliegenden Referent von der Ueberwachungskommission der Entente deswegen vorstellig zu werden.

Angenommen wurde ferner ein Dringlichkeitsantrag der sich dagegen wendet, daß drei Großbetriebe in Wirt-temberg stillgelegt werden, damit unbedeutende Betriebsräte gemahnt werden können, und der ferner das Verhalten der württembergischen Regierung in dieser Sache mißbilligt.

Der dem Kongress vorgelegte Entwurf eines Aufbaues der Wirtschaftsräte wurde dem Rat übergeben, nachdem der Vorschlag 8 durch Stim-mung angenommen worden war. Der Rat regelt die Vertretung der Wirtschaftszweigen im Rat, die Aufgaben des Rates, seine Einberufung und die Ein-berufung von Stellvertretern.

Die Besetzung des Rates wurde den An-derungsgruppen überlassen. Auf Vorschlag der Via soll dabei folgendemachen vorzuziehen werden: In jeder Gruppe werden zwei Vertreter der Arbeiter und einer der Ange-hehörten gewählt mit folgenden Ausnahmen: Gruppe 1 (Land-, Bergbau- und Handwerksberufe) zwei Ange-hehörte und ein Arbeiter; Gruppe 8 (Landwirtschaft) nur Arbeiter; und Gruppe 10 (Sozialversicherung) nur Ange-hehörte.

Ein Antrag der Opposition, die Mitglieder des Ra-tes mittels Verhältniswahl zu wählen, wurde den Gruppen überlassen.

Nach Schluß der Tagesordnung folgte eine Anzahl per-sonlicher Bemerkungen und Erklärungen.

Der Vorsitzende Lohm wendete in seinem Schlußwort die Arbeit des Kongresses und schloß diesen mit einem Hoch auf die auf dem Boden des konsequenten Sozialismus und des Klassenkampfes stehende Arbeiter-bewegung.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Der Sonntag. — Schmarbuckelaktion bei Getreide-einkäufen. — Der Kampf gegen die Außenhandels-stellen. — Ungenügende Grenzkontrolle. — Preis-senkung im Auslande.

Die guten Nachrichten, wie wir aus dem wirtschaft-lichen Druck und der geschäftlichen Schwermut her-abkommen sollen, liegen nur so auf uns nieder; nur ist's damit nicht getan. Die einen appellieren an die stillen Kräfte, mit denen sich aber in der gegenwärtigen Zeit wenig anfangen läßt, die anderen halten es mit einer Wiederherstellung der Autorität des Staates, der aber immer noch sehr erhebliche Schwächen aufweist, und schließlich jammern gar viele auf das freie, ungehinderte Ausleben der Wirtschaftskräfte, denn hier führt sich der Kapitalismus in seinem Lebenslement.

Eine Richtung von all dem konnte man auf dem deutschen Parteitag in Gumburg nehmen. Es wurde die Sparpolitik in Gemeinden und Reich empfohlen, eine Einschränkung der Einfuhr und eine Steigerung der Aus-fuhr. Es ist gut, wenn nur nicht in Handel und Industrie gerade gegenwärtig der lebhafteste Versuch gemacht würde, die Kontrolle des Außenhandels loszuwerden und damit eine der notwendigsten Maßnahmen, die zur Erzielung der Valuta unternommen wird, zu beseitigen.

Mit weiter Energie wandten sich die Herren aus der Randwelt gegen die harten direkten Steuern, sie lehnten die Zwangsanzleihe ab, forderten die Aufhebung des Depo-sitarwesens und die Wiederherstellung des Vertrauensmaßes in Steuerfragen. Damit wäre wohl den Banken und ihren Auftragsgebern gedient, aber wirtschaftspolitisch könnten wir wohl noch einige Schritte tiefer gehen bei der Ausführung dieses Programms.

Die Tagung kam etwas aus dem unblauen Gleichgewicht, als ein Herr von gewisse Richtung im Deutschen Reich zu seinen Kräfte gegen die Banken schritt. Er mußte unter allgemeinem Hummeln abbrechen, und trug sich über den Inhalt der Rede nicht viel bekannt zu machen. Die Anderen, die im Deutschen Reich koppenommen sind, geben in der Tat zu einer berechtigten Kritik Anlaß. Bis vor kurzem bestand für die Außenhandelsstellen die Ver-pflichtung, die Devisen an die Reichsbank zu überführen. Von dem aus konnte man ein Einfluß auf den Devisen-markt ausgeübt und besonders für die Einfuhr von Devisenmitteln ausländische Zahlungsmittel bereitgestellt werden. Kautsky hat nun ohne einen ersichtlichen Grund diese Verpflichtung aufgehoben, die Reichsbank will im freien Verkehr leistungsfähige Mittel aufnehmen und sucht im Fernhandels für diesen eine Lösung. Natürlich ver-langen die Banken nun allgemein die Einführung des Devisenhandels, der den Devisenmarktgeheimen wieder ein-zelnere sein soll. Die Tagung hat nun die Devisenmarkt-geheimen auf dem Wege der Verstaatlichung man-ge zu tun hat, da er nicht die Leistung der Schreyer

Exporteur" eine interessante Illustration. Es wird berichtet, daß Getreideausfuhren in Amerika von deutschen Händlern getätigt wurden, die diese Einkäufe dann, wenn es beim Stand der Valuta vorteilhaft erscheint, nach anderen Aus-landsplätzen abgeben. Das gleiche geschieht mit der für deutsche Rechnung aufzulaufenen Baumwolle. In all diesen Fällen ist die Zahlung in Mark hinausgegangen, oder De-visen sind in Anspruch genommen, die nun, wenn in größe-rem Umfang diese Schiebung betrieben wird, mit zur über-mäßigen Anbahnung unserer Zahlungsmittel und damit zur Verschlechterung der Valuta beitragen müssen. Die Reichsbank kann natürlich nicht die tatsächlichen Eingänge der Waren kontrollieren, und so schlägt ihr der „sehnbare Handel" ein Schnippchen.

Aber dieser Vorgang ist auch insofern lehrreich, als das Reichsfinanzministerium den freien Handel den Einkauf im Ausland übergab, anstatt die Reichsgetreidestelle weiter damit zu beauftragen. Man versteht jetzt, weshalb der Ge-treidehandel den Kampf gegen die Reichs-getreidebestelle führte und sich für die Ein-läufe im Ausland so eifrig empfahl.

Die nächste Attacke wendet sich nun den Außenhandels-stellen zu, die verschwinden müssen, um für diese und ähn-liche Geschäfte freie Bahn zu schaffen. Dabei ist die Grenz-kontrolle in einem eintenden Zustand. Das große Loch im Westen, das mit Mühe und Not gestopft wurde, ist unter der gegenwärtigen Ministerium wieder aufgerissen; Mil-lionen von Waren gehen unkontrolliert und unverzollt herein und heraus. Nach dem Soargebiet werden Kar-toffeln, Getreide und andere wichtige Lebensmittel gelie-fert, die dann über die französische Grenze wieder mit hohem Gewinn verkauft werden; an der belgischen und holländischen Grenze wird in der unverschämtesten Weise ein Schmuggel getrieben, der zum öffentlichen Schand für das Finanzministerium ausreicht. Der Leiter des Polizei-amtes, Dr. Fall, wendet sich in seinem Antrag an die Öffentlichkeit und schreut, wie seine Hilfe vom Finanz-ministerium zurückgewiesen wird. Der Erfolg! Es ge-schieht nichts, das Treiben wird ruhig fortgesetzt. Nicht nur die ständigen Schmuggelgeschäfte, die wie eine Leuchte die ganze Grenzüberquerung erfährt haben, sind es, auch die Groben, die mit Hunderttausenden Verschmuggelgeldern ar-beiten, führen ganze Lasten über die Grenze, ohne daß die dem Finanzministerium unterstellte Zollkontrolle etwas merkt. Damit die Fleischpreise weiter ansteigen können, geben die Viehtransporte nach dem Ausland. Die Ein-mischung der Landespolizei vertritt man sich im Finanz-ministerium, weil nur die Zollkontrolle für diese skandalösen Zustände die allein verantwortliche Behörde ist. Bei diesem Schandean geht es mit diesen-jährlichen abwärts.

Während wir bei der Entwertung der Zahlungsmittel mit fortgesetzt steigenden Preisen zu rechnen haben, ist in England das Fund Merinowolle von 57 auf 30 Denar, ägyptische Baumwolle von 84 auf 49 Denar, Kakao der Bentner von 149 auf 81 Schilling, Zucker von 131 auf 100 Schilling gesunken.

Die Bestände an Wasse sind, wie aus Amerika gemeldet wird, so umfangreich, daß bei dem ungenügenden Absatz mit einem erheblichen Rückgang der Schafzucht gerechnet werden muß. Mit welchem Empfinden müssen wir diese Verteilung aufnehmen, wo in jeder Familie ein reicher Bedarf an Kleidung vorhanden ist. Dort ein Ueberfluß, hier harte Entbehrung, die zu bebenen wir zu arm sind. Die Entwertung unserer Zahlungsmittel läßt uns selbst bei niedrigen Preisen im Ausland keine billige Ware auf den Inlandsmarkt bringen. Unsere Notlage aber wird noch gesteigert durch das ziellose Treiben auf dem Waren-markte.

Bewegungen im Berufs-Mühlen.

† Nechtslan (Bogiland). Ein sehr reaktionärer Arbeit-geber ist der Herr Stadtrat Kegel nebst Bruder und Sohn. Als der Landestarif für die sächsischen Mühlen abgeschlossen wurde im Sommer 1919, bezahlte diese Firma noch 40 M. Die Organisation war natürlich nicht vertreten. Durch diese Hungerlöhne wurden die Arbeitnehmer doch auf-gerüttelt und schlossen sich der Organisation an. Die Firma war wohl Mitglied des Arbeitgeberverbandes, trotzdem hat sie den Tarif, welcher mit dem Arbeitgeberverband abge-schlossen wurde, nicht in ihrem Betrieb eingehalten. Nach-dem nun die Arbeitnehmer sich unserer Organisation an-schlossen, haben wir auch erreicht, daß Herr Kegel den Tarif ab 1. November anerkannte. Wir haben auf die Nachzah-lung verzichtet, unter der ausdrücklichen Erklärung, daß im Sommer wie bisher die Arbeiter nicht entlassen werden, sonst würden wir die Nachzahlung verlangen, welche für jeden einzelnen Arbeiter 500.— M. beträgt.

Im Mai d. J. wurden aber doch alle Arbeiter entlassen wegen Arbeitsmangels, es wurde ihnen aber ausdrücklich er-klärt, daß sie alle wieder eingestellt würden, sobald wieder das Mahlen losginge, mit den Leistungen wäre die Firma sehr zufrieden. Als aber das Mahlen im August wieder losging, wurden die Arbeitnehmer wieder eingestellt bis auf zwei, dafür wurden zwei Müller von auswärts eingestellt. Es waren die beiden Kollegen, welche man für diejenigen hielt, welche die Organisation in den Betrieb brachten. Auf Verhelfenwerden unsererseits wurde wieder einer eingest. l., welcher aber durch die Drangsalierung des jungen Herrn Kegel wieder aufhörte. Der andere Kollege, welcher Ver-trauensmann der Organisation war, wurde nicht wieder eingestellt, angeblich wegen seiner Kriegsverletzung. Er sei nicht mehr fähig, seine Arbeit zu verrichten, da er als nicht genehmigt vom Militär entlassen sei. Dabei hat er aber seit seiner Entlassung vom Militär ein volles Jahr bei Kegel zur vollen Zufriedenheit gearbeitet. Auch als Vertrauens-mann und Betriebschef hat er seine Pflicht getan und deswegen stellt man ihn nicht wieder ein. Ein sonderbares Verhalten legte der Arbeitgeberverband der sächsischen Mühlenindustrie an den Tag, indem er einfach Kegel den Tarif gab, er brauche die Nachzahlung nicht leisten, trotzdem der Tarif für verbindlich erklärt war, auch brachte er den Kollegen nicht wieder einstellen. Alle Verhandlungen mit

Rebel führten nicht zum Ziel, er war damit einverstanden, daß die Sache vor das Tarifeinigungsamt gebracht werden solle. Aber der Arbeitgeberverband hat auch hier wieder verstanden, die Sache zu hinterziehen. Er hat den Rebel veranlaßt, schnell einen neuen Betriebsobmann wählen zu lassen, um mit diesem nochmals zu verhandeln.

Dieser Kollege hat nun auf wiederholtes Fragen von Seiten Rebel, ob er die Verantwortung übernehme, wenn der Kollege A. wieder eingestellt werden müßte, erklärt, daß er keine Verantwortung übernehme. Daraufhin hat der Arbeitgeberverband erklärt, daß die Verhandlungen erledigt seien, nachdem die Firma sich mit dem Betriebsobmann geeinigt hätte. So legt der Arbeitgeberverband die Einigungsverhandlungen nach Tarif aus. Dagegen erheben wir Protest, so kann die Sache nicht gehen, wenn der Betriebsobmann erklärt, er übernehme für einen anderen Kollegen keine Verantwortung, so gilt das nicht als Einigung, kein Mensch kann einen zwingen, eine Verantwortung für einen Kollegen zu übernehmen, außerdem waren die Verhandlungen laut Tarif vor sich gegangen, so daß nur das Einigungsamt übrigblieb. Wir werden die Sache nicht ruhen lassen. Vor allem zeigt es sich hier, was für ein reaktionärer Arbeitgeber die Firma Rebel ist, die Wahl-Löhne stecken die Herren ein, aber die Löhne wollen sie nicht auszahlen, welche daraus zu bezahlen sind, indem sie die Arbeiter einfach ausstellen. Auch wird der Tarif jetzt noch nicht voll eingehalten, indem auch hier alles mögliche herausgeholt wird. Die Kollegen müssen aber noch mehr zur Organisation stehen und vor allem keine derartigen Verhandlungen mit der Firma pflegen. Nur geschlossene Organisation kann auch diesen reaktionären Herren einen anderen Standpunkt beibringen.

Korrespondenzen.

Witten. Die Versammlung vom 20. Oktober war nicht gut besucht. Die Kollegen der Mühle hatten es nicht für notwendig gehalten, zu erscheinen. Gaben diese Kollegen denn schon überlegt, was aus dieser Gleichgültigkeit entstehen kann? Ist diesen Kollegen nicht mehr in der Erinnerung, was sie durch den Verband in kurzer Zeit erreicht haben? Wurden nicht die Löhne um das Fünffache gesteigert? Wurden nicht alle sozialen Einrichtungen durchgeführt? Wenn einmal die Organisationsleistung mit bestem Willen den eingenommenen Standpunkt der Kollegen aus organisatorischen Gründen nicht verteidigen kann, ist es da richtig, daß man die Versammlungen nicht mehr besucht? Schon will man überall die Löhne in den Mühlen erhöhen, und wir werden mit Differenzen nicht fertig. Ist es da nicht Pflicht der Kollegen, die Organisationsleistung zu unterstützen, anstatt sich in den Schwankwinkeln zurückzuziehen? Die Kollegen werden einsehen müssen, daß sie sich und ihre Familie selbst schädigen, wenn sie die Gleichgültigkeit nicht aufgeben und dem Ruf des Verbandes nicht folgen. Mögen diese Herren dazu beitragen, daß die Kollegen in der nächsten Zeit mehr auf dem Posten sind!

Kassel. In einer öffentlichen Versammlung während des Parteitagess sprach Kollege Meier-Zwidan über die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Er behandelte die verschiedenen stehenden Fragen, die unsere Interessen betreffen, und schloß unter großem Beifall mit der Mahnung, einig und geschlossen in jeder Hinsicht zu handeln.

Kassel. In einer Versammlung sprach Kollege Kupler. Er verglich die Löhne vor dem Kriege mit den heute bezahlten und urteilte sie in bezug auf die Lebensmittelpreise. Die Mühlenarbeiter seien immer am schlechtesten bezahlt worden, sie seien eben auch immer sehr jamer der Organisation zugänglich gewesen. Die Revolution habe eine Änderung gebracht, denn heute wären etwa 25 000 Mühlenarbeiter organisiert. Die Mühlenarbeiter hätten infolge der Wahl-Löhne, die sie erhalten, keine Ursache zum Jamern, und wenn keine Einigung zustande komme, dann gebe es nur den Kampf. Die geschlossene Organisation sei die beste Waffe, und jeder Mühlenarbeiter müsse alles daransetzen, daß statt 25 000 bald 50 000 Mühlenarbeiter organisiert seien. — Heber den Stand der Mühlenarbeiterbewegung berichtete Kollege Gerke. Die am 1. Juli gestrichelten Abschlüsse seien bereits zum 1. August wieder gestrichelt worden, da inzwischen die neue Wahl-Lohn-Steigerung herauskam. Besonders erwähnte er die Firma Weil, Oberkaufungen, und Wundenborn, Freglat. In der Firma Weil wurden unsere Kollegen als Lagediebe und Kaulenzer tituliert. Wir werden auch mit diesem Herrn noch fertig werden. Einige Anfragen wurden vom Referenten beantwortet. Kollege Säubrich gab noch Verbesserungsvorschläge bekannt und zugleich eine kräftige Ermahnung.

Sangerhausen. Die Versammlung vom 30. Oktober war gut besucht. Nachdem der Kassierer den Kassensbericht erstattet, sprach der Bezirksleiter, Kollege Strauß-Dalle a. d. S. über das Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland.“ Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage vor dem Kriege und den damals geführten Kämpfen kämpften der Arbeiterkampf um Erlangung der vollständigen Lage, habe die organisierte Arbeiterbewegung nach und nach mit den indifferenten Massen zu kämpfen. Jetzt sind die Verhältnisse anders geworden. Durch die Revolution als Anstoß und die materielle Not sind sieben Millionen neue Kämpfer zu den Gewerkschaften gestoßen, welche erst zu Gewerkschaftlern und Sozialisten erzogen werden müssen. Die Gründung von vielen neuen Gewerkschaften zeigt, daß die neuen Mitglieder der Kampf viel zu langsam geht, und sie mit Widerstand vorwärts müssen. Sie müssen dabei aber verstehen, daß sie auf organisierten Widerstand der Arbeiterorganisationen rechnen müssen, welche in den Vorstufen schon vorher vorhanden waren. Die Schritte, welche die Organisationen der Arbeiterbewegung übertritten erlangen haben, genügen den neuen Mitgliedern nicht, und diese Gewerkschaften und Kollegen glauben, daß der deutschen Arbeiterbewegung nur noch die Diktatur etwas nützen könne. Dabei müßte doch aber in Betracht gezogen werden, daß Deutschland kein Sozialismus ist, sondern ein Produktionsland und unter Wahrung von der Arbeit abhängig ist. Darum ist die Diktatur der Lohnarbeit in Deutschland nur auf Produktionskräfte in einer wirtschaftlichen Welt nur auf internationaler Grundlage zu lösen. Wenn wir schon diese

Einwände als richtig anerkennen wollen, so können wir wohl eine vorbereitende sozialistische Politik betreiben, können aber die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel nur voll durchführen, wenn uns alle sozialistischen Parteien auf dem europäischen Kontinent zu Hilfe kommen. Wie es mit der Sozialdemokratie in anderen Ländern aussehe, wären doch genügende Beispiele vorhanden, und haben die Bruderparteien in den anderen Ländern weniger Einfluß auf ihre Regierungen als wir in Deutschland. Feststehe auch, daß die sozialistischen Parteien in der Sozialversicherung in Deutschland am meisten geleistet haben. Die Ergebnisse wären jetzt noch höher, wenn die Parteien in einer gemeinsamen Partei vereint wären. Auch sei in den anderen Ländern eine geeinigte Partei nirgends vorhanden, und wäre es deshalb ausgeschlossen, daß jetzt das Praktariat etwas auf politischem Gebiet erreichen könne. An die Ausführungen schloß sich eine rege Diskussion an. Alle politischen Richtungen kamen dabei zum Wort. Trotz großer Meinungsverschiedenheit waren sich die Kollegen darüber klar, daß an einer geschlossenen Gewerkschaftsorganisation nicht gerüttelt werden dürfe. 25 Kollegen, welche in der Malzfabrik tätig sind, traten dem Verbands bei. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Der Vorsitzende der württembergischen Schlichtungsausschüsse, Herr Daurat-Frien, nimmt zu Forderungen auf Gewährung von Steuererleichterungen während der Tarifvertragsdauer einen unhaltbaren Standpunkt ein. Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß über unsere Forderung an die Brauereien von Aulendorf, Ravensburg und Jahn hat er bei der Einleitung erklärt, daß der Schlichtungsausschuß für die Brauerei Gärle-Aulendorf einen Schiedsspruch nicht abgeben kann, weil dort im Tarifvertrag nicht ausdrücklich vorgesehen ist, daß während der Vertragsdauer Steuererleichterungen geordert werden können. Für Jahn und Ravensburg sei im Tarifvertrag eine solche Bestimmung enthalten, für diese Betriebe könne also auch ein Schiedsspruch gefällt werden. Gegen diese sonderbare Erklärung wurde vom Kollegen Holzjunker sofort Einspruch erhoben und darauf hingewiesen, daß dieser Standpunkt unhaltbar ist. In Aulendorf ist der Tarifvertrag auf ein Jahr abgeschlossen, und bei dieser sprunghaften Steuererleichterung ist es den Arbeitern unmöglich, mit den Löhnen, wie sie im Februar vereinbart wurden, durchzukommen. Die Arbeiter wären dann gezwungen, tarifsprüchig zu werden. Er wies auch auf eine Reihe Schiedssprüche in Bayern und vor allem auch auf die Spruchpraxis des bayerischen Landeseinigungsamtes hin, welche den Standpunkt vertreten, daß Steuererleichterungen keinen Bestandteil des Tarifvertrages bilden und durch die andernmalen Verhältnisse infolge der sprunghaften Steuererleichterung begründet sind. Herr Frien gab wohl zu, daß die in Württemberg bisher gültige Praxis für die Arbeiter mit langfristigen Tarifverträgen eine große Härte bedeutet, er versuchte aber seinen Standpunkt darauf zu rechtfertigen, daß die Arbeiter keine langen Tarife mehr abschließen oder aber eine Bestimmung wie in Ravensburg und Jahn aufnehmen sollen. Er behauptete dann auch, daß der Demobilisierungsausschuß einen solchen Schiedsspruch nicht für verbindlich erklären würde. Die kaiserlichen Verhältnisse sind für Württemberg nicht leitend, das Reichsamt stelle sich aber auf den gleichen Standpunkt.

Es war begreiflich, diesen Vorstößen eines besseren zu belehren. Es ist dann zu keinem Schiedsspruch gekommen, weil sich die Brauerei Gärle der Vereinerung der übrigen Brauereien angeschlossen hat.

Wenn die unhaltbare Ansicht dieses Vorsitzenden durchdringen sollte, dann hätte der Schlichtungsausschuß für eine Reihe Brauereiarbeiter keinen Zweck.

Betriebskonzentration und Kapitalerhöhung. Die Aktien-Malzfabrik Sangerhausen erhöhte ihr Fortschrittskapital um 0,57 Mill. Mk. auf 1,2 Mill. Mark durch Ausgabe von 880 auf den Inhaber lautenden neuen Aktien über je 1300 Mk.

Nach Zeitungsmeldungen ist zwischen der Niesed-Brauerei in Leipzig und der Bächner-Brauerei in Erfurt ein Abkommen getroffen, wonach der Betrieb der Bächner-Brauerei auf die Niesed-Brauerei übergeben wird.

Die Aktienbrauerei Eisleben hat ihr Kontingent an die Brauerei Niesed-Leipzig und die Brauerei Aulendorf in Schönebeck veräußert.

Die Bill-Brauerei Hamburg hat mit der Teutonia-Brauerei Altona einen Fusionvertrag abgeschlossen.

Die Eisackelbrauerei Rienecken beantragt Erhöhung des Aktienkapitals um 2 Mill. auf 5 Mill. Mark.

Die Brauerei Aulendorf in Schönebeck und Brauerei Pfannenberg in Jersh haben sich zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammengeschlossen.

Die Brauerei Brauereiberein Gera soll in die Aktienbrauerei Aulendorf aufgehen.

Die Aktienbrauerei Neustadt-Magdeburg hat die Brauerei Brauerei übernommen.

Die Stiftsbrauerei Minden beantragt Erhöhung des Aktienkapitals von 1 125 000 auf 2 525 000 Mk.

Die Brauerei zum Goldschloß in Dresden zum Konzern der Deutschen Bierbrauereivereinigung, hat mit der Hofbrauerei A. G. und Malzfabrik in Dresden eine Vereinbarung getroffen, wonach der Hofbrauereibetrieb von der Goldschloß-Brauerei übernommen wird.

Die Brauerei Gasse Breslau wurde in eine Akt. G. m. b. H. mit 7 Mill. Mk. Kapital umgewandelt. Das Geschäft soll Familienunternehmen sein.

Der Mitteldeutschen Malzfabriken G. m. b. H. die auf Veranlassung des Malzfabrikanten Jakob Sturm, Bodenheim im Juli 1919 durch Fusion von sieben Malzfabriken gebildet wurde, sind neuerdings als Gesellschaft mit ihren Kontingenten beigetreten August Malzfabrik, Brauerei a. M., früher in Stralsburg i. G., Gärber der Edel-Malz- und Malzfabrikfabriken G. m. b. H. in Schiffsheim und Heinrich Schwitz, Malzfabrikant in Gölzheim a. M. Außerdem hat die Firma durch Zukauf

von Kontingenten noch eine namhafte Erweiterung erfahren.

„Mittelland“ Malzerei-Interessengemeinschaft G. m. b. H. Unter Führung der Malzfabriken J. Eisenberg u. Egerleben A.-G. in Erfurt und der Malzerei-Aktien-Gesellschaft vormals Albert Weide in Rötzen (Anhalt) hat sich eine Interessengemeinschaft deutscher Malzfabriken mit dem Namen „Mittelland“ Malzerei-Interessengemeinschaft G. m. b. H. mit dem Sitz in Erfurt gebildet.

Die Ostdeutsche Gese-Werke A.-G. in Elstert beantragt Erhöhung des Aktienkapitals um 0,8 Mill. Mk., die Schlesische Gese-Werke A.-G. in Bernstadt um 0,7 Mill. Mk.

Die Weizenbrennerei G. H. Maetsch A.-G. in Grünberg i. Schl. beantragt Erhöhung des Aktienkapitals um 1 Mill. Mk.

Die Berliner Dampfmühle A.-G. beantragt Erhöhung des Aktienkapitals um 1,8 Mill. Mk. auf 2,8 Mill. Mk.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die rechtliche Zulässigkeit auferlegter Steuererleichterungen. Vom Schlichtungsausschuß in Pössa wurde am 2. September 1920 die Gewährung einer Steuererleichterung außerhalb eines Tarifvertrages verfügt. Der Schlichtungsausschuß stützte sich dabei auf den § 823 der Zivilprozessordnung, nach dem zukünftig fällig werdende Leistungen dann abgeändert werden können, wenn seitdem eine wesentliche Veränderung der für die Beurteilung maßgebenden Verhältnisse eingetreten ist; ferner wurde im Besetz vom 13. August 1919 („Reichsgesetzblatt“ Seite 1448) diese Regel auf gerichtliche Verträge ausgedehnt.

Politische Arbeiterräte und Gewerkschaften. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission veröffentlichte folgende Mahnung an die Gewerkschaftsmitglieder:

Die Arbeiterbewegung ist mit der gegenwärtigen politischen Lage, in der sie sich um die Früchte der Revolution betrogen fühlt, unzufrieden, und mit Recht. Dazu kommt die wirtschaftliche Not, die sie zur Verzweiflung bringen muß, wenn nicht bald entschiedene Maßnahmen ergriffen werden, sie aus dieser politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Not zu befreien.

Es ist daher nur begreiflich, wenn die infolge dieser politischen und wirtschaftlichen Gländers zur Verzweiflung getriebene Arbeiterbewegung nach einem Rettungsanker sucht und nach Mitteln verlangt, die diesem Gländ ein Ende bereiten. Die Frage ist nur, welche Mittel zum Ziele führen. Müde das Gefühl darf bei der Wahl der Mittel entscheiden, sondern die größte Überlegung, wenn der Arbeiterbewegung nicht unübersehbarer Schaden erwachsen und auch das wenige, was ihr aus der Revolution noch geblieben ist, wieder verloren gehen soll. Denn die Gegenrevolution wartet nur darauf, daß sich die Arbeiter zu unüberlegten Schritten hinreißen lassen, um daraus ihre Vorteile zu ziehen und ihre Träume in Erfüllung gehen zu lassen.

Wir haben für das Drängen der Arbeiterbewegung, ihrem politischen und wirtschaftlichen Gländ ein Ende zu bereiten, volles Verständnis und sind gleich ihnen festen Willens, die Revolution, nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche, zum siegreichen Ende zu führen; aber dazu bedarf es der Wahl des richtigen Zeitpunktes und auch der erfolgversprechenden Mittel.

Nun werden in neuerer Zeit, auch von Arbeiterparteien zur Fortführung der Revolution Mittel empfohlen, die nach ihrer Meinung allein Erfolg versprechen, und zwar die politischen Arbeiterräte.

Wie man auch zu der Frage der politischen Arbeiterräte stehen mag, so kann es doch nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, darüber zu entscheiden, das ist Sache der politischen Parteien selbst. Wir müssen darum ganz entschieden davor warnen, diesen parteipolitischen Streit in die Gewerkschaften zu tragen.

Wir machen niemanden das Recht freitig, seiner politischen Überzeugung entsprechend zu handeln. Wer glaubt, für politische Arbeiterräte einzutreten zu müssen, dem ist hinreichend Gelegenheit geboten, derselben aber damit die Gewerkschaften, damit bei der beklagenswerten Herrschaft der politischen Arbeiterräte wenigstens ihre Einheit und Geschlossenheit erhalten bleibt und sie die schwereren Aufgaben, die ihnen noch bevorstehen, erfüllen können.

An alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter richten wir darum die Bitte und zugleich die eindringliche Mahnung, die Diskussion über politische Arbeiterräte nicht in die Gewerkschaften zu tragen. Die Entscheidung über diese Frage liegt nicht in den Gewerkschaften, sondern auf politischem Gebiet, dort mag der Streit darüber ausgegossen werden.

Wir vertrauen der Einsicht der Berliner Arbeiterbewegung und hoffen darum, daß sie unsere Mahnung beherzigen wird. Die nur aus der Sorge um die innere Festigkeit und die Erhaltung der Geschlossenheit unserer Gewerkschaften geboren ist.

Reichsnotopfer und Gewerkschaften. Es ist vorzuziehen, daß Zahlstellen von Gewerkschaften von Landesräten oder Generalsekretären zugewiesen werden, in denen sie aufzufordern werden, ihre Vermögensverhältnisse anzugeben, große Veranlassung zum Reichsnotopfer. In dieser Steuer können die Gewerkschaften aber nicht herangezogen werden. Sie sind Berufsvereine ohne öffentlich-rechtliche Eigenenschaft; sie betreiben keine wirtschaftlichen Erwerbsgeschäfte. Ebenso steht es mit den Ortsvereinen (Zahlstellen), da sie Teile ihrer Gewerkschaft sind.

So den Vorständen unserer Vereine solche Steuererleichterungen zuwenden, tun sie am besten. Sie dem Landesfinanzamt wieder zurückzugeben mit einem Schreiben des Inhalts: Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter (Sitz Berlin) ist ein Berufsverband ohne öffentlich-rechtliche Eigenenschaft. Sein Zweck ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Der Verein (Zahlstelle N) des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter ist ein Teil des Verbandes und kommt laut Gesetz für das Reichsnotopfer nicht in Frage. — Sollten die Landesfinanzämter die Vereinsvorstände dennoch auffordern, die Steuer zu bezahlen, so müssen sie dies dem Verbandsverbande sofort mitteilen und das Schriftstück vom Landesfinanzamt mitbringen.

Aus der Unternehmerorganisation.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände... Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände...

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Das Reichs-

Die Höchstätze, die danach in dem angegebenen Zeit-

in den Orten der Ortsteile

Table with 4 columns (A, B, C, D) and 3 rows of data for different age groups.

Table with 4 columns (A, B, C, D) and 3 rows of data for different age groups.

Die Kommunalzuschläge, die am Erwerblosen erhalten...

in den Orten der Ortsteile

Table with 4 columns (A, B, C, D) and 2 rows of data for different age groups.

Bei der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des...

Geizgebung, Rechtsprechung.

Wahlbestätigung und Wahlprüfung. Die Revolution...

Diese wichtige Entscheidung, die vom qualifizierten...

Damit ist diese Entscheidung endgültig und unanfechtbar...

Verbandsnachrichten.

Diese Woche ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Zur Beachtung für die Zahlstellen- und Bezirksleiter.

Verkehrsleiterzeitung.

Das Abonnement der Verkehrsleiterzeitung kostet...

Genehmigte Lokalbeiträge.

Würgsburg 50 Pf. ab 1. November.

Strasporto.

Siekmannsdorf, Weigsdorf, Tübingen, Löwenberg, Rudol-

Das Strasporto der zweiten Gruppe ist ausgegeben für...

Eingänge der Hauptkasse

vom 1. bis 6. November.

Table listing financial entries from various locations like Eberswalde, Darmstadt, Gorkau, etc.

Materialverwand.

(R. = Mitgliedsarten B. = Mitgliedsbücher. Der Wert...

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Wurgen, Dorf, Otto Gumb, Jägerstr. 61.

Vereinsamungszeiten.

Sonntags, den 13. November.

Table listing meeting times for various locations like Berlin, Eberswalde, etc.

Krefeld. Vorm. 10 1/2 Uhr: „Vollshaus“, Breite Straße 25.

Dienstag, den 16. November.

Nachruf. Nach kurzem, schwerem Leiden starb unser treuer Kollege, der...

Nachruf. Am 2. Oktober starb plötzlich unser Kollege, der Hilfsarbeiter...

Nachruf. Nach langer, schwerer Krankheit starb unser lieber Kollege, der...

Nachruf. Mit ihm ging einer unserer Besten dahin. Wir werden ihm...

Nachruf. Am 23. Oktober verschied nach längerer Krankheit unser treuer...

Nachruf. Am 28. Oktober 1920 starb unser treuer Kollege...

Nachruf. Nach kurzer Krankheit verstarb unser Kollege, der Brauereiarb.

Dankagung. Sage hiermit allen Kollegen der Brauerei...

Brauerholzschuhe advertisement with image of a shoe and text describing quality and price.

Gebundene Jahrgänge der Verbands-Zeitung advertisement listing years and prices.